

Von ökologisch ungleichem Tausch zu Postwachstum

Melanie Pichler

Elektroautos, Photovoltaikanlagen, neue Computer für das Homeoffice: Grüne Technologien und eine Digitalisierungsoffensive sollen einen neuen Wachstumspfad für Europa einleiten und gleichzeitig die Klimakrise eindämmen. Dabei wird vielfach ausgespart, dass auch die Ressourcen für diese Klima- und Digitalisierungsoffensive importiert werden müssen (etwa seltene Elemente wie Lithium oder Indium). Ein strukturell ungleicher Austausch zwischen Globalem Norden und Süden, der seit der kolonialen Expansion die Weltwirtschaft prägt, wird dadurch fortgeschrieben.

Dependenztheoretisch orientierte Forschungen sahen diesen strukturell ungleichen Austausch als zentrale Ursache für die weltweite soziale Ungleichheit an. Diese Analyse war der Ausgangspunkt für die Forderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO) in den 1970er Jahren. Umwelt- und Klimafragen spielten in diesen Diskussionen nur eine geringe Rolle – sie werden erst seit den 2000er Jahren vermehrt theoretisiert und diskutiert. Einschlägig sind in diesem Zusammenhang die Konzepte des »ökologisch ungleichen Tauschs« (Fischer/Weissenbacher 2016; Hornborg 1998; Schaffartzik/Kusche 2020) oder der »ökologischen Schuld« (Hornborg/Martinez-Alier 2016; Roberts/Parks 2009). Beide verweisen auf die historische Verantwortung des Globalen Nordens für die ökologische Krise.

Mit der Klima- und Biodiversitätskrise verändern sich die Möglichkeiten und Zielsetzungen für eine gerechtere Weltordnung. Die NIEO war geprägt von der Idee einer nachholenden Entwicklung und damit einer auf fossilen Energien beruhenden Industrialisierung. Heute gilt eine solche Entwicklungsweise nicht mehr als verallgemeinerbar (Schaffartzik/Kusche 2020). Heutige Entwürfe einer neuen Weltwirtschaftsordnung, aber auch konkrete Forderungen nach dieser müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie mit dem Wachstumsimperativ, das eng mit der exzessiven Nutzung fossiler

Energien und damit einhergehenden CO₂-Emissionen verbunden ist, im Namen der internationalen Gerechtigkeit gebrochen werden kann. Damit verbunden ist die Frage, wie der Aufbau und die Sicherung eines guten Lebens für alle mit einem deutlich geringeren Verbrauch von Ressourcen und Energie gelingen kann (O'Neill et al. 2018). Eine gerechte Weltordnung im 21. Jahrhundert erfordert dementsprechend sowohl einen unverzüglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger als auch einen gesellschaftlich geplanten Umbau von Industriezweigen und Infrastrukturen im Globalen Norden. In der wissenschaftlichen Literatur wird diese Idee unter den Schlagworten *degrowth* oder Postwachstum diskutiert. In politischen Auseinandersetzungen über entsprechende Vorschläge ist vor allem von Klimagerechtigkeit die Rede.

Im vorliegenden Beitrag möchte ich in die aktuelle Literatur zu den Themen ökologisch ungleicher Tausch und Postwachstum einführen und diese im Hinblick auf eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung diskutieren. Dabei argumentiere ich, dass eine Aktualisierung der Neuen Weltwirtschaftsordnung die ökologische Krise ernst nehmen und ins Zentrum stellen muss. Das erfordert die deutliche und sofortige Reduktion des fossilen Energieverbrauchs im Globalen Norden, damit im globalen Maßstab Ungleichheit reduziert wird und der Globale Süden seine Bedürfnisse innerhalb der planetaren Grenzen befriedigen kann. Gleichzeitig müssen internationale Vereinbarungen sicherstellen, dass Länder des Globalen Südens Entschädigungen für bereits aufgetretene sowie zukünftige Klimaschäden erhalten.

Der nächste Abschnitt führt in das Konzept des ökologisch ungleichen Tauschs ein und zeigt das Ausmaß der ökologischen Ungleichheit auf internationaler Ebene. Daran anschließend formuliere ich die Idee von Postwachstum als Aktualisierung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung, die insbesondere mit einer Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Globalen Norden einhergeht. In einem abschließenden Abschnitt diskutiere ich die Implikationen und Möglichkeiten einer solchen Transformation für Länder des Globalen Südens. Dabei gehe ich auf die aktuellen Verhandlungen um *loss and damage* im Rahmen des Pariser Klimaabkommens ein.

Ökologisch ungleicher Tausch als strukturelle Ursache einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung

Die Theorie des ökologisch ungleichen Tauschs basiert auf den volkswirtschaftlichen und dependenztheoretischen Diskussionen, die im 20. Jahrhundert vor allem ausgehend von Lateinamerika geführt wurden. Den Beginn dieser Diskussion markierten in den 1950er Jahren die beiden Ökonomen Raúl Prebisch und Hans Singer. Sie stellten die These einer langfristigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse (Terms of Trade) zwischen Ländern des Globalen Nordens und Südens auf. Dieser sogenannten Prebisch-Singer-These nach ist eine wesentliche strukturelle Ursache für die globale Ungleichheit, dass die Preise für Primärgüter (wie Rohstoffe und Agrarprodukte, die hauptsächlich Länder des Globalen Südens exportieren) langfristig fallen, während die Preise für Industrieprodukte (die hauptsächlich Länder des Globalen Nordens exportieren), tendenziell steigen. Dadurch müssten Länder des Globalen Südens immer mehr Primärgüter exportieren, um ihre Kaufkraft zu erhalten und genügend Devisen für den Import von Industriegütern zu generieren. Die Prebisch-Singer-These widerspricht damit der neoklassischen Vorstellung von David Ricardo, wonach eine Spezialisierung aufgrund komparativer Kostenvorteile in jedem Fall vorteilhaft sei – egal ob ein Land Rohstoffe, Agrarprodukte oder Industriegüter exportiert (Fischer/Weissenbacher 2016). In den 1970er Jahren gingen Vertreter:innen der Dependenztheorie wie Samir Amin oder Arghiri Emmanuel über die Prebisch-Singer-These hinaus: Nicht die Art der Produkte sei entscheidend, so ihre Argumentation, sondern die strukturelle Ungleichheit zwischen Nord und Süd, etwa wegen der Lohnunterschiede. Diese Ungleichheit werde zudem durch koloniale und postkoloniale Herrschaft institutionell festgeschrieben (Fischer/Weissenbacher 2016). Auch ohne eindeutigen Zwang oder koloniale Institutionen käme es zu einem versteckten Werttransfer: Der Weltmarkt funktioniere über vermeintliche objektive Preise, die tatsächlich aber die Kapitalakkumulation im Globalen Norden absicherten – insgesamt materialisiere sich so ein »ungleicher Tausch« (Hickel et al. 2022: 2; Schaffartzik/Kusche 2020: 57). Eine solche Erklärung, die nicht nur auf die Art der gehandelten Produkte blickt, erscheint durchaus plausibel. Denn die strukturelle Ungleichheit blieb auch in den letzten Jahrzehnten bestehen, obwohl seit den 1980er Jahren ein Großteil der Industrieproduktion in den Globalen Süden verlagert wurde – und hier insbesondere nach China sowie in die ost- und

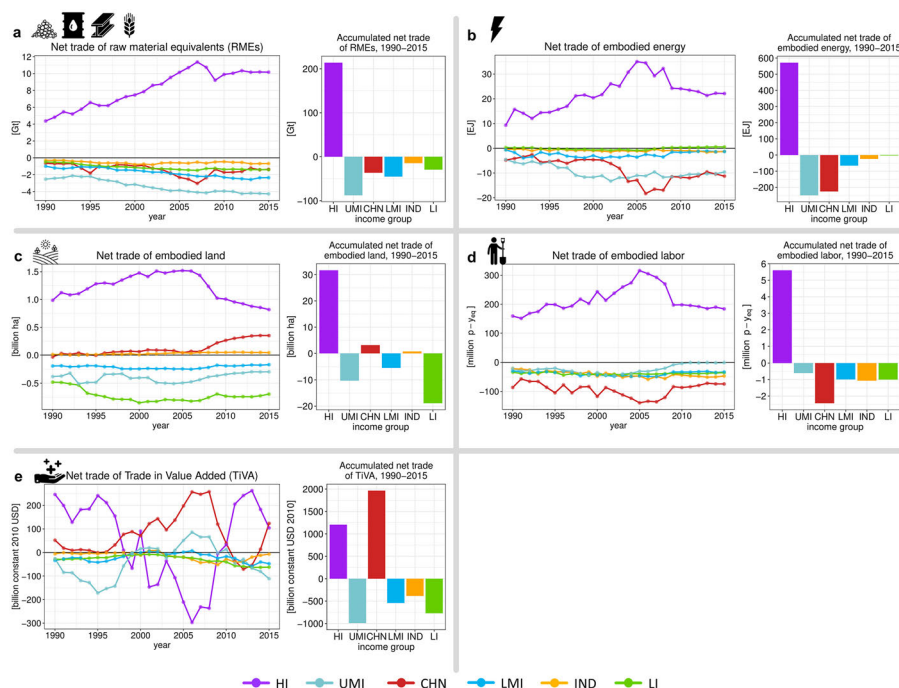
südostasiatischen Tigerstaaten. Damit kann der ungleiche Tausch aber nicht mehr – wie bei Prebisch und Singer – durch die höhere Wertschöpfung von Industrieprodukten gegenüber Primärprodukten erklärt werden. Ausschlaggebend ist stattdessen die größere Verhandlungsmacht, die in Ländern des Globalen Nordens konzentriert ist: Konkret kontrollieren transnationale Unternehmen aus dem Globalen Norden über globale Wertschöpfungsketten die Preise von Produzent:innen im Globalen Süden (Fischer 2020; Knierzinger 2014).

Bei der Formulierung der NIEO in den 1970er Jahren spielten ökologische Fragen und Naturverhältnisse noch keine wesentliche Rolle. Globale Ungleichheit sowie Vorschläge für Gerechtigkeit wurden primär an monetären Parametern gemessen. Aufgrund der dramatischen Zuspitzung der Klima- und Biodiversitätskrise greift so eine Sichtweise heute zu kurz. Die These eines ökologisch ungleichen Tauschs postuliert demnach, dass international nicht nur Arbeitskraft und Waren höchst ungleich ausgetauscht werden, sondern auch die Auswirkungen auf Natur und Umwelt (Hornborg 1998; Schaffartzik/Kusche 2020): Länder des Globalen Nordens greifen überproportional stark auf Land, Energie und Rohstoffe in Ländern des Globalen Südens zu. Dies gilt vor allem für Ressourcen, die essenziell für den Aufbau technologischer Infrastruktur oder das Wirtschaftswachstum sind (Dorninger et al. 2021; Hornborg 1998). Abbildung 1 zeigt, dass der Globale Norden (*high income countries*) für den Import von Waren auf ein enormes Ausmaß an Ressourcen, Energie, Landflächen und Arbeitskraft aus Ländern des Globalen Südens zurückgreift. Die Industrialisierungsbestrebungen Chinas konnten diesen Trend einzig in Bezug auf Land brechen: Inzwischen nimmt China mehr Landflächen in anderen Ländern in Anspruch, um seine exportorientierte Industrialisierungsstrategie aufrechtzuerhalten.

Ökologisch ungleicher Tausch bedeutet dementsprechend Abzug produktiver biophysischer Ressourcen aus dem Globalen Süden, während die Umweltschäden (z.B. durch Bergbau, intensive Landwirtschaft oder Abholzung) sich vorwiegend dort auswirken. Medial bekannt gewordene Umweltkatastrophen (etwa die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen im Nigerdelta durch die Erdölförderung von Shell oder der Dammbruch des Rückhaltebeckens eines Bergbauunternehmens in Brasilien) sind meist nur die Spitze des Eisbergs. Sowohl die Regierungen als auch viele Menschen im Globalen Norden blenden diese alltäglichen Schäden aus oder nehmen sie hin. Das Konzept der imperialen Lebensweise beschreibt in diesem Sinne, wie eine konsumorientierte Lebensweise im Globalen Norden (aber auch

urbaner Mittel- und Oberschichten im Globalen Süden) auf dem unbegrenzten und billigen Zugriff auf Arbeitskraft, natürliche Ressourcen und Senken (z.B. Wälder, Ozeane, Torfböden) im Globalen Süden beruht (Brand/Wissen 2017: 43). Wachstum und Wohlstand im Globalen Norden sind demnach auf einen »Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden« angewiesen (ebd.: 44). Besondere Brisanz bekommt dieser Transfer durch die ökologische Modernisierung im Globalen Norden (etwa durch Elektroautos oder Photovoltaikanlagen). Auch diese fußt auf Ressourcen und Arbeitskraft im Globalen Süden (Prause/Dietz 2020; Voskoboynik/Andreucci 2022).

Abbildung 1: Handelsbilanz zwischen 1990 und 2015 sowie akkumulierte Aneignung bzw. Bereitstellung von Ressourcen für unterschiedliche Ländergruppen (high-income HI, upper-middle income UMI, lower-middle income LMI, low-income LI, China CHN, Indien IND).

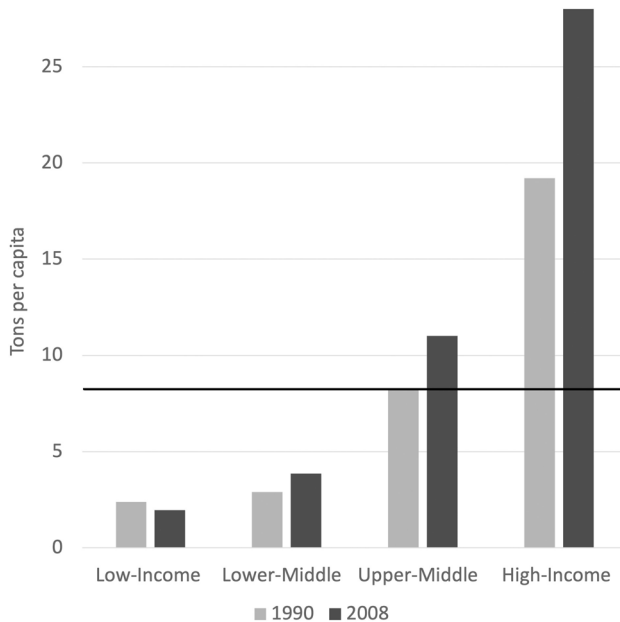


Quelle: Dorninger et al., 2021: 7.

Analysen des ökologisch ungleichen Tauschs berücksichtigen neben den unterschiedlichen Preisen für Arbeitskraft und Produkte auch Landflächen, (fossile) Energieträger, Metalle und Mineralien, die für die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen benötigt werden (Dorninger et al. 2021; Schaffartzik/Kusche 2020). Ähnliche Berechnungen gibt es für Emissionen oder Abfälle (Jorgenson 2012; Tong et al. 2022). Eine empirische Analyse, die monetäre und ökologische Elemente des ungleichen Tauschs kombiniert, berechnete, dass der Globale Norden 2015 insgesamt 12 Milliarden Tonnen Rohstoffäquivalente (d.h. alle Rohstoffe, die für die Produktion von Gütern entlang der Wertschöpfungskette benötigt werden), 822 Millionen Hektar Landfläche, 21 Exajoule Energie und 188 Millionen Personenjahre Arbeitskraft aus dem Globalen Süden abzog. 21 Exajoule Energie entsprechen dem gesamten jährlichen Energiebedarf aller Menschen im Globalen Süden für Infrastruktur (also Zugang zu Grundversorgung wie Wohnraum, öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung oder Kommunikation). Monetär gesprochen importierte der Globale Norden Natur und Arbeitskraft im Wert von 10,8 Billionen US-Dollar (in Preisen des Globalen Nordens). Mit diesem Betrag könnte die extreme Armut weltweit ganze 70-mal beendet werden (gemessen an einem Einkommen von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag, in lokaler Kaufkraftparität). Der ökologisch ungleiche Tausch verstärkt die weltweite Ungleichheit systematisch. Abbildung 2 zeigt, dass einkommensstarke Länder pro Kopf durchschnittlich 28 Tonnen Ressourcen pro Jahr verbrauchen, während es in einkommensschwachen Ländern nur rund 2 Tonnen sind. Reiche Länder verbrauchen damit im Durchschnitt 4-mal mehr als ökologisch tragfähig wäre und etwa 14-mal mehr als die ärmsten Länder.

Historisch betrachtet nutzten die Länder des Globalen Nordens diesen Netto-Transfer an Natur und Arbeitskraft aus dem Globalen Süden, um damit ihre materiell-technologische Infrastruktur sowie langlebige Konsumgüter aufzubauen (z.B. Energie- und Straßeninfrastruktur). Die Länder des Globalen Südens haben nun auf diese Ressourcen keinen Zugriff mehr (Schaffartzik/Kusche 2020: 58). Gleichzeitig sind diese Infrastrukturen und die darauf aufbauenden Lebensweisen davon abhängig, dass diese Austauschbeziehungen aufrechterhalten bleiben, dass also konstant billige fossile Energieträger und andere Rohstoffe in die Länder des Globalen Nordens fließen (z.B. Erdgas, um Maschinen und Heizungen nutzen zu können oder Erdöl, um Autos und Autobahnen nutzen zu können). Die Ungleichheit wird dadurch systematisch fortgesetzt und reproduziert.

Abbildung 2: Ressourcenverbrauch (in Tonnen pro Kopf) in unterschiedlichen Kategorien von Ländern 1990 und 2008.



Quelle: Hickel/Hallegatte 2022: 3.

Die Kehrseite des Überkonsums im Globalen Norden sind ökologische Schäden, aber auch ein verringerter ökologischer und ökonomischer Handlungsspielraum für Länder des Globalen Südens, auch wenn es schwierig ist, Gerechtigkeit in Bezug auf biophysische Ressourcen konkret zu definieren. Auch eine Umkehrung aller historischen Ungerechtigkeiten ist nur schwer vorstellbar. Dennoch verweisen Analysen zum ökologisch ungleichen Tausch auf eine wichtige Tatsache: Damit die Länder des Globalen Südens überhaupt eine Möglichkeit auf ein gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen haben, braucht es eine deutliche und rasche Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Globalen Norden.

Die enorme Ungleichheit in Bezug auf Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen bildet außerdem den Ausgangspunkt für verwandte Konzepte von ökologischer Schuld (*ecological debt*) oder Klimaschuld (*climate debt*). Mit diesen Konzepten verweist die Klimagerechtigkeitsbewegung auf die Verantwortung

des Globalen Nordens für die Klimakrise (Warlenius 2018). Länder des Globalen Südens haben historisch nur wenig zur Klimakrise beigetragen, sind aber bereits jetzt am stärksten von deren Folgen betroffen. Im Rahmen internationaler Klimaverhandlungen konzentrieren sich daher viele Forderungen auf Kompensations- und Anpassungszahlungen des Globalen Nordens. So soll etwa ein *loss and damage fund* die Folgen der Klimakrise im Globalen Süden abfedern.

Postwachstum als neue Vision einer ökologisch gerechten internationalen Wirtschaftsordnung

Aus der Perspektive von Konzepten wie dem ökologisch ungleichen Tausch oder der ökologischen Schuld liegt die Verantwortung für eine gerechtere internationale Wirtschaftsordnung eindeutig bei den Ländern des Globalen Nordens. Das impliziert eine sofortige und deutliche Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs ebendort. Eine solche Reduktion stellt jedoch die kapitalistische Lebensweise und das damit verbundene Wirtschaftswachstum infrage. Denn Wirtschaftswachstum und technologischer Fortschritt im Globalen Norden basieren nicht nur auf der Ausbeutung von Arbeit und Natur im Globalen Süden. Sie sind insgesamt gekoppelt an einen permanenten – und zunehmenden – Zugriff auf Energie, Ressourcen und Senken. Wenn Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen in den nächsten drei Jahrzehnten auf null sinken sollen, ist es daher höchst unwahrscheinlich, dass dies mit einem Wirtschaftswachstum von mehreren Prozentpunkten pro Jahr erreicht werden kann (Haberl et al. 2020; Hickel/Kallis 2019). Postwachstum (*degrowth*) entwickelt hier eine neue Vision einer gerechteren Wirtschaftsordnung, die einerseits durch eine umfassende Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs den Planeten bewohnbar erhält und andererseits gleichzeitig die enorme Ungleichheit sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb dieser infrage stellt.

Postwachstum bedeutet eine Abkehr von Wirtschaftswachstum als gesellschaftlichem Ziel. Stattdessen sollen Gesellschaften tendenziell »weniger natürliche Ressourcen verbrauchen, sich anders organisieren und anders leben [...] als heute« (D'Alisa et al. 2016: 20). Ökonomisch gesprochen zielt Postwachstum auf eine »gerechte und notwendige Absenkung von Produktion und Konsum, die den gesellschaftlichen Durchsatz an Energie und Rohmaterial reduziert« (D'Alisa et al. 2016: 20). Das Ziel ist also die Reduktion des

Ressourcen- und Energieverbrauchs und nicht – wie die öffentliche Debatte und auch der Name oft suggerieren – eine Reduktion des Wirtschaftswachstums an sich (Hickel 2021b). Zwar ist ein negatives Wirtschaftswachstum eine sehr wahrscheinliche Folge der nachhaltigen Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs. Dennoch unterscheidet sich Postwachstum klar von einer ökonomischen Krise oder Rezession. Postwachstum bezeichnet eine *geplante* Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs und dementsprechend eine öffentliche Entscheidung darüber, welche Produktionsbereiche und Dienstleistungen reduziert oder gänzlich auslaufen sollen (beispielsweise SUVs, industrielle Fleischproduktion, fossile Infrastrukturen, Kurzstreckenflüge, Jachten oder touristische Angebote). Im Gegensatz zu einer Rezession überlässt Postwachstum die möglichen sozialen Kosten eines klimafreundlichen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft also nicht der scheinbar unsichtbaren Hand des Marktes. Solche Kosten (etwa Arbeitslosigkeit) sollen durch weitreichende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (z.B. eine Arbeitsplatzgarantie, siehe Tcherneva 2020) und eine stärkere Entkopplung von Lohnarbeit und sozialer Sicherheit abgedeckt werden (Büchs 2021; Koch 2013).

Gleichzeitig ermöglicht Postwachstum eine Diskussion darüber, wie ein gutes Leben für alle Menschen ermöglicht werden kann, ohne dabei die Lebensgrundlagen des Planeten zu zerstören. Denn obwohl Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) immer wieder mit Wohlstand gleichgesetzt wird, sagt es doch nur bedingt etwas über die tatsächliche Lebensqualität von Menschen aus. Das Bruttoinlandsprodukt misst den Tauschwert von Produkten und Dienstleistungen, die auf dem Markt für Geld getauscht werden. Es sagt aber nichts darüber aus, wie geeignet diese Produkte und Dienstleistungen sind, um die Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Für den Zugang von Menschen zu Infrastruktur und Dienstleistungen, die ihnen ausreichend Nahrung, Bildung, beheizten Wohnraum oder Mobilität in Form von öffentlichem Verkehr ermöglichen, ist das Bruttoinlandsprodukt ein schlechter Indikator. Es sagt wenig darüber aus, ob Menschen diesen *Zugang* haben oder wie ungleich er verteilt ist. Das Bruttoinlandsprodukt sagt also wenig über die *Bedingungen* für ein gutes Leben für alle aus.

Im Folgenden skizziere ich einige Merkmale des Postwachstums sowie einige Möglichkeiten, sich diesem anzunähern. Für den Globalen Norden bedeutet Postwachstum in erster Linie, dass klimaschädliche Sektoren und Industrien rück- und umgebaut werden. Zudem müssen Strategien entwickelt

werden, wie Wohlstand stärker von Wirtschaftswachstum entkoppelt werden kann. Entscheidend ist dafür eine Reduktion der Ungleichheit innerhalb des Globalen Nordens – etwa durch die Begrenzung von Reichtum und Überkonsum.

Geplante Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Globalen Norden

Eine ökologisch gerechte internationale Wirtschaftsordnung erfordert neben einem Ausbau erneuerbarer Energien, dass klimaschädliche Produktionszweige und Industrien bewusst reduziert oder umgebaut werden (Eder/Schneider 2018; Pichler et al. 2021). Dieser Rück- und Umbau macht wiederum verbindliche Politikinstrumente notwendig, damit erneuerbare Energien nicht nur *zusätzlich zu*, sondern tatsächlich *anstatt von* fossilen Industrien und Produktionszweigen eingesetzt werden (Jackson et al. 2018). Eine deutliche Reduktion der Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas muss also ordnungspolitische Instrumente wie ein Verbot oder eine stufenweise Außerkraftsetzung von bestimmten Produkten, Technologien und Energieträgern statt rein marktwirtschaftlicher Instrumente zur Schaffung von Kostenwahrheit forcieren (Green 2018; Rosenbloom et al. 2020). Denn Preissignale alleine führen nicht dazu, dass Menschen ihr Alltagshandeln verändern. Zugleich verstärken sie bestehende Ungleichheiten, da reichere Menschen ohnehin weniger Anlass haben, ihr Konsumverhalten zu verändern. Initiativen zum Kohleausstieg, zum Verbot des Verbrennungsmotors sowie damit verbundene *just transition funds* im Rahmen des European Green Deal sind erste Versuche in diese Richtung.

Auch aktive Industriepolitik spielt eine wichtige Rolle bei der bewussten Steuerung eines sozialökologischen Umbaus weg von fossilen Industrien und Produktionszweigen. Die Diskussion um eine progressive Industriepolitik nahm in den letzten Jahren Fahrt auf (Eder/Schneider 2018; Pianta/Lucchese 2020). Investitionen in grüne Technologien (etwa in eine europäische Wertschöpfungskette für E-Mobilität oder Infrastruktur zur Speicherung, Übertragung und Verteilung erneuerbarer Energie) spielen dabei eine wichtige Rolle. Eine aktive Industriepolitik führt dazu, dass Investitionsentscheidungen nicht dem Markt überlassen werden, sondern der Ausbau erneuerbarer Technologien durch bewusste öffentliche Investitionen vorangetrieben wird. Mit solchen Investitionen verfolgt auch die Europäische Union (EU) das Ziel,

wichtige Produktionsbereiche wieder zurück nach Europa zu verlagern, um im Wettbewerb mit China und den USA nicht noch weiter ins Hintertreffen zu geraten. An diesem Punkt verbinden sich zunehmende geopolitische Rivalitäten mit einer selektiven Deglobalisierung (Novy 2022).

Ob diese Bestrebungen tatsächlich Impulse in Richtung einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung setzen oder die bestehende Ordnung weiter zementieren, ist derzeit noch unklar. Das Verbot des Verbrennungsmotors ist beispielsweise ein wichtiger Schritt, um den Verkehrssektor zu dekarbonisieren. Wird die europäische Autoflotte allerdings lediglich durch Elektroautos ersetzt, ohne dass der motorisierte Individualverkehr insgesamt deutlich zurückgedrängt und die Investitionen in den öffentlichen Verkehr deutlich gesteigert werden, so werden ökologisch ungleiche Muster sehr wahrscheinlich bloß auf andere Weise fortgeführt. Anstatt auf fossile Energieträger griffe der Globale Norden dann auf Lithium und seltene Erden aus dem Globalen Süden zurück (Morfeldt et al. 2021).

Postwachstum bedeutet also nicht nur eine Lenkung in Richtung klimafreundlicherer Technologien, sondern eine Fokussierung auf sozialökologische Infrastrukturen und Dienstleistungen (auch Daseinsvorsorge oder *foundational economy* genannt, siehe Coote/Percy 2020; Novy et al. 2020). Sozialökologische Dienstleistungen und Infrastrukturen sind jene Bereiche der Wirtschaft, die Menschen für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse benötigen. Dazu gehören Gesundheit, Bildung, Ernährung, Energie, Wohnen und Mobilität. Diese Bereiche der Daseinsvorsorge sollten – als Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates – einer Markt- und Wettbewerbslogik entzogen werden und für alle Menschen zugänglich sein – unabhängig von deren jeweiligen Einkommen. Sozialökologische Dienstleistungen und Infrastrukturen sind auch ein wichtiger Hebel, um CO₂-Emissionen zu reduzieren, weil sie Alltagshandeln und Bedürfnisbefriedigung von individuellen Konsumentscheidungen entkoppeln. Mit anderen Worten: Sozialökologische Infrastrukturen verlagern die Entscheidung über mehr oder weniger klimafreundliche Versorgungssysteme von einer individuellen auf eine strukturelle Ebene. Gleichzeitig verbinden sie soziale und ökologische Ziele miteinander. Darüber hinaus tragen sie dazu bei, soziale Sicherheit zumindest teilweise vom Erwerbseinkommen zu entkoppeln (Büchs 2021). Ein konkretes Beispiel: Gibt es ein kostengünstiges und gut ausgebautes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, kann der besonders klimaschädliche Autoverkehr zurückgedrängt werden, ohne dass Menschen dadurch Zugang zu Mobilität verlieren.

Die Ungleichheit zu bekämpfen und den sozialökologischen Umbau voranzutreiben, kostet Geld und kann nur gegen mächtige Interessen durchgesetzt werden. Notwendig ist daher nicht nur eine Bekämpfung von Armut, sondern auch eine Begrenzung von Reichtum und Überkonsum im Globalen Norden. Neben Vermögenssteuern schlagen wachstumskritische Wissenschaftler:innen dafür beispielsweise ein Höchsteinkommen vor (Alexander 2016; Buch-Hansen/Koch 2019). Eine Möglichkeit zur Umsetzung wäre etwa ein progressives Steuersystem, bei dem der Steuersatz ab einer bestimmten Grenze auf 100 Prozent steigt (Alexander 2016: 217). Ein solches Instrument ist auch ein geeigneter Hebel, um soziale und ökologische Ziele miteinander zu verbinden. Studien zeigen nämlich, dass die CO₂-Emissionen mit der Höhe des Einkommens steigen (Wiedenhofer et al. 2013). Auch wenn sich *Grundbedürfnisse* mitunter schwer definieren lassen: Ab einer bestimmten Einkommenshöhe sind ein höherer Ressourcenverbrauch und höhere CO₂-Emissionen weder mit einer Befriedigung von Grundbedürfnissen (wie Heizen oder Mobilität), noch mit einer Steigerung des subjektiven Wohlbefindens verbunden. Typische Beispiele dafür sind Luxusjachten oder Flugreisen.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Verantwortung für eine umfassende Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Globalen Norden liegt. Eine solch umfassende Reduktion sowie eine selektive Deglobalisierung hätten enorme Auswirkungen auf internationale Lieferketten und damit auch auf Produktions- und Konsummöglichkeiten in Ländern des Globalen Südens. Viele dieser Länder, die sich auf den Export fossiler Energieträger und anderer Rohstoffe spezialisiert haben, würden durch die Reduktion wichtige Exportmöglichkeiten und damit Devisen für den Import von Industrieprodukten und Konsumgütern verlieren (Peszko et al. 2020).

Gleichzeitig werden durch Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs und selektive Deglobalisierung aber auch neue, alternative Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategien denkbar. Solche alternativen Entwicklungsstrategien könnten in ihrer konkreten Ausgestaltung durchaus Anleihen an der NIEO nehmen, etwa wenn es um die grundlegende Dekolonisierung der internationalen Wirtschafts- und Handelsarchitektur, den Zugang zu Technologien oder eine kooperative Preisgestaltung geht. Länder des Globalen Südens sollten »frei sein, ihre Ressourcen und Arbeitskraft entlang menschlicher Bedürfnisse zu organisieren, anstatt das Wachstum im Globalen Norden zu bedienen« (Hickel 2021a, eigene Übersetzung). Auch in diesem Punkt sind die Visionen von Postwachstum (oder *Postentwicklung*) anschlussfähig an konkrete Kämpfe in Ländern des Globalen Südens. Denn

die Kritik an exportorientierten Entwicklungsmodellen hat auch im Globalen Süden eine lange Tradition. Sie reicht von direktdemokratischen Praktiken (z.B. *swaraj* als Form der lokalen Selbstverwaltung in Indien) über lokale Daseinsvorsorge (z.B. *nayakrishi* als alternative Form der landwirtschaftlichen Praxis in Bangladesch) bis hin zu alternativen Visionen und Narrativen (z.B. *ubuntu* im südlichen Afrika oder *buen vivir* in Südamerika). Kothari et al. (2019) haben in ihrem Buch *Pluriverse. A post-development dictionary* viele dieser Konzepte, Ideen und Erfahrungen zusammengetragen.

Für Klimaschäden im Globalen Süden bezahlen?

Die Ideen und Implikationen von Postwachstum – sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden – finden derzeit (noch) wenig Widerhall in internationalen Verhandlungen. Seit den Verhandlungen um die NIEO in den 1970er Jahren haben sich die Strukturen eines ökologisch ungleichen Tauschs verfestigt. Zwar hat sich die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen des Pariser Klimaabkommens auf eine Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad geeinigt. Die stufenweise Außerkraftsetzung fossiler Energieträger, die dafür erforderlich wäre, wird allerdings bislang nicht ernsthaft diskutiert (Mahase 2022). Insgesamt gibt es keine verbindlichen Maßnahmen, die einen solchen Pfad wahrscheinlich machen.

In den internationalen Klimaverhandlungen konzentrieren sich die Forderungen und Kämpfe deshalb vor allem auf konkrete Finanzierungsmaßnahmen, damit ärmere Länder besser mit den Konsequenzen der Klimakrise umgehen können. Diese Verhandlungen werden unter dem Stichwort *loss and damage* (Verlust und Schaden) geführt. Das bezieht sich auf die Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen, aber auch auf Entschädigungen für Klimaschäden. Im Kern geht es um den Umgang mit bereits eingetretenen Folgen der Klimakrise anstatt um eine Bekämpfung ihrer Ursachen. Als konkrete Reaktion auf die historische Klimaschuld des Globalen Nordens wurde bei der Klimakonferenz in Scharm El-Scheich (COP27) auf Druck von Ländern des Globalen Südens ein *loss and damage fund* eingerichtet. Einen solchen Fonds hatte erstmals vor drei Jahrzehnten die »Alliance of Small Island States« (AOSIS) gefordert. Seine Etablierung bei der COP27 geht vor allem auf den Druck der Gruppe der 77 (G77) zurück, in der sich innerhalb der Vereinten Nationen Länder des Globalen Südens organisieren (Wyns 2023). Derzeit ist allerdings noch unklar, wer wieviel in den Fonds einzahlen wird und wer

letztendlich darauf zugreifen kann. Der Leiter des »International Centre for Climate Change and Development« fordert, den Fonds direkt durch eine CO₂-Steuer für fossile Energieträger und besonders CO₂-intensive Produkte zu speisen (Wyns 2023). Innerhalb der EU könnten die Einnahmen beispielsweise aus der CO₂-Grenzausgleichssteuer (Carbon Border Adjustment Mechanism) kommen. Um die EU-Klimaziele zu erreichen, sieht die EU ab 2026 eine Steuer auf den Import von CO₂-intensiven Energieträgern und Produkten vor. Diese soll verhindern, dass dem Emissionshandel unterworfenen EU-Unternehmen Wettbewerbsnachteile erfahren, weil sie klimafreundlich produzieren. Die Einnahmen aus einer solchen Steuer könnten genutzt werden, um Klimaschäden zu finanzieren, aber auch um tatsächliche Diversifizierungsbestrebungen in Ländern des Globalen Südens zu unterstützen (Peszko et al. 2020).

Regierungsvertreter:innen feierten die Einrichtung des *loss and damage fund* als großen Verhandlungserfolg der COP27. Wenn die Finanzierung des Fonds sichergestellt werden kann, leisten die Entschädigungszahlungen einen wichtigen Beitrag dazu, die Verantwortung des Globalen Nordens für die Klimakrise anzuerkennen. Die notwendigen Entschädigungszahlungen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie nur *zusätzlich* zu strukturellen Änderungen in Richtung Postwachstum durchgesetzt werden sollten und nicht *anstelle* dieser.

Ausblick

Eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung auf der Höhe der Zeit muss die ökologische Krise in den Mittelpunkt stellen. Postwachstum kann als Reaktion auf den ökologisch ungleichen Tausch und als Versuch einer umfassenden und globalen Gerechtigkeitsperspektive verstanden werden. Der Beitrag hat gezeigt, wie eine Wirtschaftsordnung anders funktionieren könnte – nicht aber, wie wir dort hinkommen. Denn eine wesentliche Erkenntnis der Theorie des (ökologisch) ungleichen Tauschs ist, dass der strukturell ungleiche Austausch von Gütern zwischen Globalem Norden und Globalem Süden wesentlich durch ökonomische, politische und militärische Macht begründet ist. Die Durchsetzung gerechterer Austauschbeziehungen – auch um die Klimakrise zu bearbeiten – hängt dementsprechend nicht nur an der Formulierung von Reformvorschlägen und Politikmaßnahmen, sondern vor allem am Aufbau von Gegenmacht, um diese Vorschläge auch durchzusetzen. Die Umwelt- und Klimabewegung erreichte mit den Protesten von Fridays for Future, Ende Gelän-

de und Letzte Generation eine enorme Politisierung der Klimafrage. In vielen Ländern wurden Grüne Parteien in Regierungsverantwortung gewählt. Die Politikmaßnahmen bleiben bisher allerdings weit hinter den Erwartungen zurück. In ähnlicher Weise erscheinen die kollektiven Bestrebungen von Regierungen des Globalen Südens im Rahmen der NIEO nach Jahrzehnten neoliberaler Strukturanpassungsprogramme eher utopisch. In einer Kontroverse mit dem Postwachstumsforscher Jason Hickel brachte der Ungleichheitsforscher Branko Milanovic – ein bekennder Kritiker von Postwachstum – das Problem auf einen brisanten Punkt: »Ich denke nicht, dass dieses Programm [Postwachstum] unlogisch ist. Es ist nur so gewaltig und übersteigt alles, was wir normalerweise erwarten können [...], dass es – so fürchte ich – an Absurdität grenzt« (Milanovic 2017, eigene Übersetzung). Gegen die Idee von Postwachstum spricht also vor allem, dass es jenseits aller politischen Vorstellungskraft liegt. Umso wichtiger ist demnach, die Forderungen nach einer umfassenden Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs mit sozialen Forderungen nach umfassenden sozialökologischen Infrastrukturen und Dienstleistungen zu verbinden. Das erhöht die Legitimität des sozialökologischen Umbaus und kann gleichzeitig zu einem Abbau von nationalen und internationalen Ungleichheiten beitragen. Diese umfassende Perspektive in Richtung Postwachstum ist wichtig, damit politische Bemühungen nicht bei Entschädigungen für Klimaschäden stehen bleiben (auch wenn diese sehr wichtig sind), sondern zu strukturellen Veränderungen führen.

Literatur

- Alexander, Samuel (2016): Grund- und Höchsteinkommen. In: D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgios (Hg.), Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: oekom, 215–217.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Buch-Hansen, Hubert/Koch, Max (2019): Degrowth through income and wealth caps? In: *Ecological Economics*, 160, 264–271.
- Büchs, Milena (2021): Sustainable welfare: How do universal basic income and universal basic services compare? In: *Ecological Economics*, 189, 107152. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107152>.
- Coote, Anna/Percy, Andrew (2020): The case for universal basic services. Cambridge/Medford: Polity.

- D'Alisa, Giacomo/Demaria, Federico/Kallis, Giorgos (Hg.) (2016): Degrowth: Handbuch für eine neue Ära. München: oekom.
- Dorninger, Christian/Hornborg, Alf/Abson, David J./von Wehrden, Henrik/Schaffartzik, Anke/Giljum, Stefan/Engler, John-Oliver/Feller, Robert L./Hubacek, Klaus/Wieland, Hanspeter (2021): Global patterns of ecologically unequal exchange: Implications for sustainability in the 21st century. In: *Ecological Economics*, 179, 106824. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2020.106824>.
- Eder, Julia/Schneider, Etienne (2018): Progressive Industriepolitik – Ein Ausweg für Europa!? In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 44 (4), 471–502.
- Fischer, Karin (2020): Dependenz trifft Warenketten. Zur Überausbeutung von Arbeit im globalen Süden. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 50 (1), 33–51.
- Fischer, Karin/Weissenbacher, Rudy (2016): Ungleich der Tausch. Grundannahmen, Widersprüche und aktuelle Bedeutung eines umstrittenen Theorems. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 27 (105), 140–157.
- Green, Fergus (2018): The logic of fossil fuel bans. In: *Nature Climate Change*, 8 (6), 449–451.
- Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway, Paul/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streck, Jan/Creutzig, Felix (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights. In: *Environmental Research Letters*, 15 (6), 65003. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab842a>.
- Hickel, Jason (2021a): The anti-colonial politics of degrowth. In: *Political Geography*, 88, 102404. <http://dx.doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404>.
- Hickel, Jason (2021b): What does degrowth mean? A few points of clarification. In: *Globalizations*, 18 (7), 1105–1111.
- Hickel, Jason/Dorninger, Christian/Wieland, Hanspeter/Suwandi, Intan (2022): Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990–2015. In: *Global Environmental Change*, 73, 102467.
- Hickel, Jason/Hallegatte, Stéphane (2022): Can we live within environmental limits and still reduce poverty? Degrowth or decoupling? In: *Development Policy Review*, 40 (1), e12584.
- Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2019): Is green growth possible? In: *New Political Economy*, 25 (4), 469–486.

- Hornborg, Alf (1998): Towards an ecological theory of unequal exchange: Articulating world system theory and ecological economics. In: *Ecological Economics*, 25 (1), 127–136.
- Hornborg, Alf/Martinez-Alier, Joan (2016): Ecologically unequal exchange and ecological debt. In: *Journal of Political Ecology*, 23 (1), 328–333.
- Jackson, Robert/Le Quéré, Corinne/Andrew, Robert/Canadell, Josep/Korsbakken, Jan/Liu, Zhu/Peters, Glen/Zheng, Bo (2018): Global energy growth is outpacing decarbonization. In: *Environmental Research Letters*, 13 (12), 120401. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aaf303>.
- Jorgenson, Andrew (2012): The sociology of ecologically unequal exchange and carbon dioxide emissions, 1960–2005. In: *Social Science Research*, 41 (2), 242–252.
- Knierzinger, Johannes (2014): Überlegungen zu Steuerung und ungleichem Tausch in Rohstoff-güterketten mit Beispielen aus Guineas Bauxitbergbau. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 30 (3), 68–88.
- Koch, Max (2013): Welfare after growth: Theoretical discussion and policy implications. In: *The International Journal of Social Quality*, 3 (1), 4–20.
- Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hg.) (2019): Pluriverse: A post-development dictionary. New Delhi: Tulika Books and Authorsupfront.
- Mahase, Elisabeth (2022): COP27: Countries Agree »Loss and Damage« Fund to Help Poorer Countries Hit by Climate Disasters. In: *British Medical Journal*, 379:02814. <https://doi.org/10.1136/bmj.02814>.
- Milanovic, Branko (2017): The illusion of degrowth: Part II. <http://glineq.blogspot.com/2017/11/the-illusion-of-degrowth-part-ii.html> (Zugriff am 22.5.2023).
- Morfeldt, Johannes/Davidsson Kurland, Simon/Johansson, Daniel J.A. (2021): Carbon footprint impacts of banning cars with internal combustion engines. In: *Transportation Research Part D: Transport and Environment*, 95, 102807. <https://doi.org/10.1016/j.trd.2021.102807>.
- Novy, Andreas (2022): The political trilemma of contemporary social-ecological transformation—lessons from Karl Polanyi's The Great Transformation. In: *Globalizations*, 19 (1), 59–80.
- Novy, Andreas/Bärnthaler, Richard/Heimerl, Veronika (2020): Zukunftsfähiges Wirtschaften (1.). Weinheim/München: Beltz Juventa.
- O'Neill, Daniel W/Fanning, Andrew L/Lamb, William F/Steinberger, Julia K (2018): A good life for all within planetary boundaries. In: *Nature sustainability*, 1 (2), 88–95.

- Peszko, Grzegorz/Van Der Mensbrugge, Dominique/Golub, Alexander/Ward, John/Marijs, Cor/Schopp, Anne/Rogers, John/Midgley, Amelia (2020): Diversification and cooperation in a decarbonizing world: Climate strategies for fossil fuel-dependent countries. Washington, D.C.: World Bank Publications.
- Pianta, Mario/Lucchese, Matteo (2020): Rethinking the European Green Deal: An industrial policy for a just transition in Europe. In: *Review of Radical Political Economics*, 52 (4), 633–641.
- Pichler, Melanie/Krenmayr, Nora/Schneider, Etienne/Brand, Ulrich (2021): EU industrial policy: Between modernization and transformation of the automotive industry. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 38, 140–152.
- Prause, Louisa/Dietz, Kristina (2020): Die sozial-ökologischen Folgen der E-Mobilität. In: Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (Hg.), Baustelle Elektromobilität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Transformation der (Auto-)Mobilität. Bielefeld: transcript, 329–352.
- Roberts, Timmons/Parks, Bradley (2009): Ecologically unequal exchange, ecological debt, and climate justice: The history and implications of three related ideas for a new social movement. In: *International Journal of Comparative Sociology*, 50 (3–4), 385–409.
- Rosenbloom, Daniel/Markard, Jochen/Geels, Frank W./Fuenfschilling, Lea (2020): Opinion: Why carbon pricing is not sufficient to mitigate climate change – and how ›sustainability transition policy‹ can help. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 117 (16), 8664–8668.
- Schaffartzik, Anke/Kusche, Franziska (2020): Ökologisch ungleicher Tausch. Nur die global ungleichen Material-und Geldflüsse ermöglichen eine wachstumsorientierte Entwicklung. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 50 (1), 53–67.
- Tcherneva, Pavlina R. (2020): The case for a job guarantee. Hoboken: Wiley.
- Tong, Kate/Li, Li/Breivik, Knut/Wania, Frank (2022): Ecological unequal exchange: Quantifying emissions of toxic chemicals embodied in the global trade of chemicals, products, and waste. In: *Environmental Research Letters*, 17 (4), 044054. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac5f95>.
- Voskoboynik, Daniel Macmillen/Andreucci, Diego (2022): Greening extractivism: Environmental discourses and resource governance in the »Lithium Triangle«. In: *Environment and Planning E: Nature and Space*, 5 (2), 787–809.

- Warlenius, Rikard (2018): Decolonizing the atmosphere: The climate justice movement on climate debt. In: *The Journal of Environment & Development*, 27 (2), 131–155.
- Wiedenhofer, Dominik/Lenzen, M./Steinberger, J.K./Steinberger, Julia Karen (2013): Energy requirements of consumption: Urban form, climatic and socio-economic factors, rebounds and their policy implications. In: *Energy Policy*, 63, 696–707.
- Wyns, Arthur (2023): COP27 establishes loss and damage fund to respond to human cost of climate change. In: *The Lancet Planetary Health*, Elsevier, 7 (1), e21–e22. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(22\)00331-X](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(22)00331-X).

